

Soziale Kluft in Deutschland wächst

Reich bleibt reich, arm bleibt arm: Eine Studie zur Einkommensverteilung sieht wachsende Abstände. Ein besonderes Risiko trägt die Mittelschicht.

26. November 2015, 14:30 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, Reuters, dpa, kg
264 Kommentare

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit der Finanzkrise im Aufschwung: Die Nutznießer finden sich vor allem an der Spitze der Gesellschaft. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in ihrem Verteilungsbericht. "Der Aufschwung kommt nicht bei allen an", fasste Studienautorin Dorothee Spannagel die Ergebnisse zusammen. Demnach vergrößern sich die Einkommensunterschiede und die finanziellen Risiken für die Mittelschicht wachsen. "Für den Mittelstand haben sich die Aufstiegschancen verringert, die Abstiegsrisiken haben zugenommen", sagt Spannagel. In den Jahren seit 2005 seien deutlich mehr Menschen aus der unteren Mitte der Einkommensverteilung abgestiegen als dies in den

achtziger Jahren der Fall gewesen sei.

Eine Ursache für diese Entwicklung sei die wachsende Bedeutung der Kapitaleinkünfte im Verhältnis zu den Löhnen. Auch aus diesem Grund müssen dem Bericht zufolge sehr wohlhabende Haushalte, die mehr als das Dreifache des sogenannten mittleren verfügbaren Einkommens beziehen, zurzeit seltener als in den achtziger Jahren einen Abstieg befürchten. "Für Arme sanken im gleichen Zeitraum die Chancen auf Aufstieg beträchtlich, sie bleiben häufiger arm."

Insgesamt gelten gut 14 Prozent der Menschen in Deutschland als arm mit weniger als 60 Prozent des mittleren gesellschaftlichen Einkommens. Trotz der Konjunkturerholung in den vergangenen Jahren liege Deutschland damit mit der sogenannten Armutsquote nach wie vor nur im europäischen Mittelfeld. Spannagel sagte: "Arm ist nicht nur, wer nicht genug zum Überleben hat. Sondern arm ist auch, wer aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen aus Teilbereichen der Gesellschaft ausgeschlossen ist."

Als einen wichtigen ersten Schritt gegen eine "wirtschaftliche und soziale Polarisierung" bezeichnete die WSI-Expertin den gesetzlichen

Mindestlohn von 8,50 Euro. Um die Ungleichheit weiter zu begrenzen, sollten "superreiche" Haushalte zudem höher besteuert werden – etwa durch die Abschaffung der pauschalen Abgeltungssteuer und Reformen der Erbschaftsteuer. "Die sehr Reichen schweben regelrecht über den konjunkturellen Krisen, während viele Arme auch von einem länger andauernden wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren."

Seitennavigation